

Krise:

Rückblick und Ausblick

Wildcat 84 / Juni 2009:

»Anfang März 2009 war ein Euro 1,26 Dollar wert – am 1. Juni waren es knapp 1,42 Dollar, (diese Dollarabwertung ... wird sich fortsetzen«

¹ Im ersten Quartal 2009 schien alles auf eine regelrechte ökonomische Katastrophe zuzulaufen. Im Juni 2008 hatte Barry Eichengreen, Wirtschaftshistoriker und Makroökonom an der Berkeley University in Kalifornien, Grafiken erarbeitet (siehe *Wildcat* 84: »Des Kapitalismus neue Kleider«), die zeigten, dass für einen vergleichbaren Zeitraum der Umfang des Produktionseinbruchs in den USA, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und Japan die Implosion der Jahre 1929/30 übertraf.

² Anfang des Jahres 2010 gab die Europäische Statistikbehörde Eurostat die offiziellen Arbeitslosenzahlen für den November 2009 bekannt. Demnach hatte die **Euro-Zone** den höchsten Stand seit elf Jahren, im Jahresvergleich stiegen sie um mehr als drei Millionen auf über 15 Millionen Personen. Unangefochtener Spitzenreiter ist Spanien mit 19,4 Prozent Arbeitslosigkeit, mehr als ein Viertel aller Arbeitslosen in der Eurozone. Griechenland liegt mit 9,7 Prozent sogar unter dem EU-Durchschnitt und etwa auf der Hälfte der spanischen Arbeitslosenquote. Die Niederlande (3,9 Prozent), Österreich (5,5 Prozent) und Deutschland (7,6 Prozent) lagen deutlich unter dem Durchschnitt. In allen 27 Mitgliedsstaaten der **EU** waren im November 2009 fast 23 Millionen Männer und Frauen arbeitslos. Den Spitzenrang hatte Lettland mit 22,3 Prozent. Insgesamt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in der

Im Frühjahr 2009 war die Gefahr einer unmittelbaren Implosion des globalen Bankensystems gebannt, und sofort begannen die Aktien einen gewaltigen Höhenflug. Im Herbst war auch die Rezession, statistisch definiert als zwei Quartale mit negativem Wachstum, vorbei. Aber jetzt ist umso deutlicher geworden: Der Kapitalismus steckt in einer langgezogenen Depression. Ihre erste Phase wurde eingeleitet durch den massiven Einbruch des kreditfinanzierten Konsums vor allem in den USA und führte zu einem weltweiten Absturz der Investitionsgüternachfrage. Die Geschwindigkeit des Absturzes war schneller als in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre.¹ Durch eine gewaltige Liquiditätsschwemme und Konjunkturprogramme – mehr als die Hälfte davon entfielen auf die USA (972 Mrd. Dollar, 7,1 Prozent des amerikanischen BIP) und China (586 Mrd. Dollar, 14 Prozent des chinesischen BIP) – konnte diesmal die Abwärtsspirale der 30er Jahren zunächst verhindert werden; damals hatten Massenentlassungen die Nachfrage nach Konsumgütern implodieren lassen. In der BRD wurde die Situation im Innern vor allem durch die intensive Förderung der Kurzarbeit abgemildert, von außen her hat das chinesische Konjunkturprogramm den Absturz der Exporte verhindert.

Anfang 2010 verlieren die Konjunkturprogramme an Wirkung, die Industrieaufträge gehen zurück, die Arbeitslosenzahlen steigen², der Konsum schrumpft. Bereits im vierten Quartal 2009 hatte sich das Wirtschaftswachstum schon wieder verlangsamt, trotz historisch hoher Staatsdefizite! Die Refinanzierung der Staatsschulden beginnt vielerorts aus dem Ruder zu laufen – ausgerechnet jetzt, wo die Zentralbanken den Ausstieg aus ihren *Quantitative easing*-Programmen vorbereiten und nicht mehr so viel Geld wie bisher drucken wollen.

Historisch gesehen stehen wir da, wo Roosevelt 1937 den *New Deal* stoppte. Er reduzierte die Staatsausgaben, weil im Boom die Arbeiterklasse zu mächtig zu werden drohte. Deshalb wird heute – richtigerweise – immer gesagt: die Weltwirtschaftskrise wurde nicht keynesianisch überwunden, sondern erst in der Rüstungsproduktion und – fälschlicherweise – draus gefolgert: Krisen führen in den Krieg.

An einem Punkt hat sich die Sache anders entwickelt, als wir es in den letzten Heften der *Wildcat* beschrieben hatten, der Euro fiel Anfang Februar erstmals seit Mai 2009 unter 1,37 Dollar. Gewöhnlich wird diese Entwicklung mit der hohen Staatsverschuldung der südeuropäischen Länder erklärt (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien – was die Wirtschaftspresse flugs zu PIGS-Staaten zusammenfasste; wobei Italien mit einer hohen privaten Sparquote eigentlich ein Sonderfall ist, Irland ist sehr viel stärker verschuldet, manche buchstabieren deshalb PIIGS); deren hohe Refinanzierungskosten drohten, die Eurozone auseinanderzubrechen. Anfang Februar war in etwa so viel spekulatives Kapital an den Terminbörsen auf den Kursverfall des Euro eingesetzt wie im September 2008 auf den Bankrott von *Lehman Brothers*. »Die Zahlen belegen, dass das Euro-Projekt seine größte Bewährungsprobe überhaupt zu bestehen hat«, sagte ein »Währungsstratege«. Die Dollar-Angst des Jahres 2009 sei einer Euro-Angst gewichen.

Warum entwickelte sich diese massive Spekulationswelle auf den Staatsbankrott südeuropäischer Länder und nicht auf den der USA? Kalifornien muss ebenfalls drei Prozentpunkte Risikoaufschlag gegenüber US-Bundesanleihen bezahlen, kaum weniger als Griechenland. Die Staatsverschuldung der PIGS-Staaten hat ähnliche Dimensionen wie die Kaliforniens. Und die USA insgesamt sind stärker als die EU verschuldet... Offenkundig schätzen »die Märkte« trotz der Mobilisierungen z.B. in Kalifornien (vor allem von MigrantInnen und Studierenden; siehe S. 60) die Klassenkämpfe in Südeuropa als gefährlicher ein (die Rentenreform ging in Portugal nicht durch, Streiks in Griechenland, die tagelange Aufstandssituation im Dezember 2008 ist nicht vergessen...).

Bezeichnenderweise hat der Euro seit Ende Oktober zehn Prozent verloren, ähnlich wie die tschechische und die slowakische Krone sowie der ungarische Forint. Die asiatischen Währungen blieben in dieser Zeit in ihrer Relation zum Dollar und untereinander stabil; es gibt also keine »Erholung des Dollar«, sondern eine Schwäche des Euro. (Übrigens fiel nur der venezolanische Bolivar noch stärker als der Euro – siehe S.79).

Rückblick: Weichenstellungen

Im September 2008 wurden die Weichen gestellt, damit alles so weiter geht wie bisher, nur härter. Winfried Wolf spricht im Kapitel 6 seines Buchs von einem »Doppelschlag« (siehe S. 70), genauer muss man von einem dreifachen Schlag sprechen:

Am 8. September 2008 wurden die Hypothekenfinanzierer *Fannie Mae* und *Freddie Mac* auf chinesischen Druck hin nationalisiert – China hatte dort eine halbe Billion Dollar investiert. Die Institute mussten aber auch gerettet werden, weil sonst die globalen Derivatmärkte kollabiert wären. Da auch die Nationalisierung aus Sicht des Kreditderivatemarktes eine Pleite im technischen Sinne darstellt, ist sie das bisher größte Kreditereignis der Geschichte.

Am 15. September ging *Lehman Brothers* pleite.

Am 16. September wurde AIG gerettet, der zu dieser Zeit weltgrößte Versicherungskonzern. Am 14. September hatte er von der Notenbank Fed einen Überbrückungskredit von rund 40 Mrd. Dollar gefordert. Am 16. September gewährte die Fed 85 Mrd. Anfang November pumpte die US-Regierung nochmal rund 150 Mrd. Dollar in die AIG; das war die größte finanzielle, staatliche Unterstützung für ein privates Unternehmen in der Geschichte. Im vierten Quartal 2008 machte die AIG den höchsten je von einem Unternehmen gemeldeten Verlust von 61,7 Mrd. Dollar.

Die Rettung von AIG rettete das globale Bankensystem vor dem Kollaps: Deutsche Bank, Société Générale, Barclays und UBS; 56,7 Mrd. Dollar wurden direkt an europäische Banken »durchgereicht«. (Zudem hatte AIG fast alle *Cross Border Leasing*-Geschäfte versichert, mit denen z.B. deutsche Kommunen ihre Infrastruktur verkauft und zurückgemietet hatten.)

Die Rettung der beiden Hypothekenfinanzierer verhinderte den Kollaps des US-Immobilienmarkts und den sofortigen Bruch »Chimericas«. Die Pleite von *Lehman Brothers* gab einen Warnschuss ab, bereitete den Boden für TARP und ähnliche Programme in anderen Ländern – und brach der gefährlich werdenden Rohstoff-Inflation die Spitze. TARP (*Trouble Asset Relief Program*) war ein Rettungspaket von 700 Mrd. Dollar zum Aufkauf »notleidender Wertpapiere« (*troubled assets*) von den Banken. Dieser »Putsch des Finanzkapitals« wurde gegen den Widerstand des Kongresses durchgedrückt – mit den Schockwirkungen der *Lehman*-Pleite. Durch die Konzentration der Banken und die Vergabe von Nullzins-Krediten konnte die nächste Spekulationswelle beginnen.

Aber um »so weiter zu machen«, wären ununterbrochene Finanzspritzen notwendig. Bis Anfang Dezember waren bereits 111 Mrd. Dollar an staatlichen Hilfen an *Fannie Mae* und *Freddie Mac* geflossen. An den Weihnachtsfeiertagen hob das US-Finanzministerium dann sogar die bisherige Obergrenze für staatliche Finanzspritzen von jeweils 200 Mrd. Dollar für die beiden staatlich kontrollierten Institute auf. Ende Januar 2010 kam der General-



inspektor für das TARP, Neil Barofsky, in seinem Bericht zu dem Ergebnis, das TARP habe das Risiko einer noch tieferen Krise des Finanzsystems erhöht. (*Amerikas Bankenrettung schafft neue Risiken*, FAZ 31.1.2010) Genau das, was behauptet worden war, war nicht gelöst: das »systemische Risiko«.

Grenzen der Regulierung

Quantitative Easing

Im Fiskaljahr 2009 begaben die USA Staatsanleihen im Wert von 1,885 Billionen Dollar. Da niemand die Kapazitäten hatte, ein solches Volumen zu kaufen und China als bisheriger Hauptkäufer dieser Anleihen inzwischen viel vorsichtiger zu Werke ging, hat die Fed klammheimlich im zweiten Quartal fast die Hälfte und im dritten Quartal 30 Prozent der gesamten Emissionen übernommen, also »Geld gedruckt«. Dadurch hat sie ihre Bilanzsumme 2009 ungefähr verdreifacht. Die US-Geldpolitik ist im Kern zum Pyramidenspiel geworden.

Zudem hat die Fed toxische Kreditverbriefungen im Billionenwert in ihre Bilanzen aufgenommen und großzügig Kredite zu Null Prozent Zinsen an die Banken verteilt. Mit diesem Geld konnten die bankrotten Banken dann wieder »arbeiten«. Sie haben sehr viel weniger Kredite als früher vergeben, aber sehr viel mehr spekuliert.

Die Liquiditätsschwemme durch geliehenes Notenbankgeld hat zu einem »schlichten Anlage-notstand« (FTD, 16.12.2009) geführt. Das viele Geld suchte nach Anlagemöglichkeiten. Banken liehen sich Dollar zum Nullzins und steckten es weltweit in Aktien, Rohstoffe, Immobilien und Unternehmensanleihen; somit stiegen diese massiv im Preis. Die Gewinne zwischen März und November 2009 lagen – verstärkt durch die Dollarabwertung in diesem Zeitraum – bei 50 bis 70 Prozent. »Jeder Anleger, der dieses riskante Spiel mitmacht, wirkt wie ein Genie, auch wenn er nur auf einer gewaltigen Blase reitet. ... Diese Politik nährt aber die weltweite Vermögensblase.« (Nouriel Roubini: *Die Fed sorgt für eine neue Monsterblase* – FTD, 3.11.2009) Diese »perverse Wette auf den Nicht-Aufschwung« (FTD, 16.12.2009) – denn bei einem Aufschwung würden die Notenbanken sofort ihr Geld wieder einsammeln – ist natürlich hochriskant und äußerst brüchig. Dementsprechend herrscht Nervosität, in den letzten Monaten kam es immer wieder zu »Panikreaktionen«, drei Beispiele:

gesamten EU im Jahresvergleich um 2 auf 9,5 Prozent. Auch in den USA nahm die Arbeitslosigkeit im Dezember wieder zu. Laut *Household-Survey* haben im November weitere 661 000 Menschen ihre Stelle verloren, genauso viele wie in den drei Monaten zuvor. Viele Arbeitslose lassen sich nicht mehr registrieren; außerdem wurden die Statistiken immer weiter verändert; wenn man alle *offiziellen* Kategorien zusammenzählt, dürften in den USA etwa 20 Prozent arbeitslos sein.

Zu den entscheidenden fünf Wochen im Herbst 2008 vergleiche:

Michael Hudson: *America's Own Kleptocracy*; Counterpunch.org 20.9.2008)

Paul Craig Roberts: *The Crisis is Not Over*; Counterpunch.org, 3.2.2010:

»The crisis was used by the investment banks, which controlled U.S. economic policy, to secure massive subsidies to their profits from a taxpayer bailout and from the Federal Reserve.«

Zum Jahrestag der *Lehman*-Pleite am 15. September 2009 hatte Mike Withney darauf hingewiesen:

»They claimed they didn't have legal authority for such guarantees. It's a lie. The Fed has provided \$12.8 trillion in loans and other commitments to keep the financial system operating without congressional approval or any explicit authorization under the terms of its charter. The Fed never considered the limits of its ›legal authority‹ when it bailed-out AIG or organized the acquisition of Bear Stearns by JP Morgan pushing \$30 billion in future liabilities onto the public's balance sheet. The Fed's excuses don't square with the facts.« (Mike Withney *The Real Lesson of Lehman's Fall: Lehman Died So TARP and AIG Might Live*, Counterpunch.org, 15.9.2009)

Dubai

Der Immobilienboom in Dubai war noch stärker ausgeprägt als der in den USA und dauerte zwei Jahre länger; auch er war mit verbrieften Hypothekendarlehen finanziert. Im Frühjahr 2009 kollabierten die beiden größten Hypothekenfinanzierer und mussten verstaatlicht werden. Ende November schockierte Dubai mit der Bitte um Zahlungsaufschub für etwa 20 Mrd. Dollar, einer relativ kleinen Summe. Aufgrund der strategischen Bedeutung Dubais (Hafenlogistik und *Clearing house* für Ölgelder) und der befürchteten »Ansteckung« (Dominoeffekt) brachen weltweit die Aktienmärkte ein. Dubai wurde schließlich Mitte Dezember von Abu Dhabi in letzter Sekunde mit zehn Mrd. Dollar vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet. Die globalen Finanzmärkte reagierten erleichtert; die Börse Dubai schoss am selben Tag mehr als zehn Prozent nach oben – immerhin verschafften die zehn Mrd. eine Atempause bis April 2010!

Griechenland, Portugal

Staatsbankrotte in der Folge von Wirtschaftskrisen sind keineswegs selten. Der Dot-com-Crash führte Ende 2001 in Argentinien zum größten Staatsbankrott in der Geschichte; er ist noch in lebhafter Erinnerung. Die Staatsschulden in manchen Ländern sind seit 2007 um mehr als 75 Prozent angewachsen. Deshalb stellte die FTD bereits am 2. Dezember die bange Frage »Erst Dubai, dann Griechenland?« und gab wenige Tage später Alarm, als Ratingagenturen die Bonität von Griechenland herabgesetzt hatten: »Investoren ergreifen die Flucht; griechische Aktien und Anleihen brechen ein; Dax und Euro geben nach.« (FTD, 8.12.2009) Wiederum zwei Tage später durfte Niels Kadritzke, Herausgeber der deutschen *Le Monde Diplomatique*, in der FTD darüber berichten, dass in Griechenland nichts in die richtige Richtung gehe, weil alle Regierungen »den Zorn der Straße fürchten«; der Streik der Werftarbeiter liege auch erst ein paar Wochen zurück.

Diese Sorge zog sich durch die letzten Wochen: lässt sich die »notwendige Schocktherapie« politisch gegen die Klasse durchsetzen? Dabei wurde die Hetze, alle Griechen seien Schummler, der gesamte Staat korrupt usw., dermaßen heftig, dass sogar der Chefökonom der FTD eine »Ehrenrettung für Griechenland« abgab, schließlich sei »die Krise allein durch griechische Mentalitätsmängel kaum erklärbar«. Noch vor drei Jahren hätten OECD-Ökonomen »geschwärmt, Griechenland habe »die zweitbeste Performance aller Industrieländer«, die Wirtschaft sei dank »struktureller Reformen robuster geworden«, die Etatkonsolidierung komme voran...« Die Regierung habe »entbürokratisiert« und

»Elektrizitätswerke und Telekommunikationsbetriebe privatisiert«. Auch habe sich die Staatsquote in Griechenland nicht anders entwickelt als in der BRD. Die Steuereinnahmen wurden auf Druck der EU gesenkt; das griechische Außenhandelsdefizit von mehr als zehn Prozent des BIP habe seine Ursache größtenteils im Lohndumping in der BRD. (Thomas Fricke, FTD 5.2.2010) Der Kern der griechischen Krise liegt nicht im Schummeln der Griechen, sondern im *Funktionieren* der EU: Der Arbeiterklasse in Süd- und Osteuropa müssen die Niederlagen erst noch beigebracht werden, die die Arbeiterklasse in der BRD in den letzten Jahren geschluckt hat.

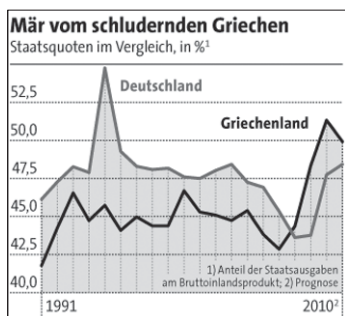
Die große Aufregung um Griechenland erklärt sich aus diesem Klasseninhalt und dem drohenden Dominoeffekt: ein Staatsbankrott Griechenlands würde Portugal und Spanien mitreißen und wohl auch die eine oder andere europäische Bank, er könnte somit nach der Immobilien- und der Bankenkrise eine dritte große Krisenwelle auslösen. Deshalb muss »Griechenland gerettet« werden – das aber würde weitere Begehrlichkeiten auf Seiten der Klasse (nicht nur in Griechenland!) wecken. Die Klemme ist strukturell dieselbe, wie wir sie im letzten Heft bzgl. China rausgearbeitet haben: ohne Wachstum drohen soziale Unruhen, aber der Versuch, Wachstum zu erzeugen, führt zu Blasenbildung. Der Klassenkampf als Grenze der Regulierung.

Obamas Versuch, die Banken zu regulieren

Wie schmal der Grat zwischen neuer Blase und Regulierung ist, wurde Ende Januar sehr deutlich, als Obama ankündigte, die Banken stärker zu kontrollieren. Wieder kam es zu massiven Kursstürzen an den Aktienmärkten. Denn alle wissen, dass die Kurse nicht so hoch stehen, weil die Unternehmen wieder mehr Profite machen, sondern weil gewaltige Kreditmassen nach Anlagemöglichkeiten suchen.

Natürlich hatte Obama auch innenpolitische Gründe für sein Manöver – die Wähler und sein Unterstützungsnetz waren ihm davongelaufen. Im Kern ging es aber genau darum: die Blasen auf den Aktien- und Rohstoffmärkten anstecken, bevor sie gewaltig wachsen und dann platzen (Mechanismus: am Blasen aufpumpen verdienen Banken und »Investoren«, die Kosten beim Platzen trägt der Steuerzahler). Denn die Staatshaushalte könnten kein zweites *Bailout* schultern und würden sofort kollabieren.

Obamas Dilemma markiert die strategische Klemme der Regierungen. Zwar hat jeder Deregulierungsschritt das Finanzsystem instabiler gemacht, und die neoliberale Propaganda vom »trickle down«-Effekt hat volkswirtschaftlich nie gestimmt. Es hat nicht funktioniert, die Reichen durch Steuer-



senkungen noch reicher zu machen, damit von ihrem Tisch was abfällt, sondern die Einkommensschere ging immer weiter auseinander. Aber sozialpolitisch hat es durchaus geklappt, die Klasse damit weiter aufzuspalten, es gab immer ein paar Gewinner (wenn auch oft nur für kurze Zeit, erinnert sei an die »T-Aktie«!). Weiter deregulieren geht nicht, die Zinsen weiter senken geht auch nicht (sie sind für die Banken bereits negativ!), und eine Blase mit so großen »Einkommenseffekten« wie die US-Immobilienblase im letzten Jahrzehnt ist schwerlich vorstellbar.

Es *must* also stärker reguliert werden. Das aber entzieht den Zombiebanken die Geschäftsgrundlage. Und ohne den Mechanismus einer Vermögensblase wird die nun einsetzende Exit-Strategie der Notenbanken zum Frontalangriff auf die Klasse – was sie seit der Krise Anfang der 70er Jahre immer zu vermeiden wussten. Wir gehen also extrem spannenden Monaten entgegen!

Ein selbsttragender Aufschwung kann sich nur entwickeln, wenn massenhaft neue Arbeitsplätze entstehen, an denen sowohl Mehrwert produziert wird wie ausreichende Löhne bezahlt werden, um die weggebrochene Nachfrage der »US-Konsumenten« zu ersetzen. Stattdessen ist absehbar, dass zumindest in Europa die eigentliche Welle an Arbeitsplatzabbau *erst angefangen* hat.

Solche Arbeitsplätze lassen sich auch nicht *schaffen*, der *New Deal* ist nicht wiederholbar! Die Versuche der SPD-Regierung in den 70er Jahren, den »Anlagenotstand« durch niedrigste Zinsen und Subventionen zu beheben, »die Pferde zur Tränke zu tragen«, wie es ein SPD-Minister ausdrückte, also die Unternehmer dazu zu bringen, wieder zu investieren, scheiterte und führte zur Stagflation. Die Hoffnung auf Keynes ist aber nicht nur trügerisch, sie ist auch *politisch falsch*: die keynesianische Periode war die am stärksten staatlich geprägte und von oben kommandierte Phase im 20. Jahrhundert. Das haben erst die Kämpfe 1968 ff. aufgebrochen. Eine Rückkehr ist nicht möglich, und aus unserer Sicht auch nicht wünschenswert!

Vorgeschichte der Blasenökonomie

Als Vorsitzender der *Federal Reserve* hatte Alan Greenspan immer bestritten, dass es eine Blase gäbe – die er derweil fleißig aufpumpt. Ben Bernanke, sein Nachfolger im Amt, hatte seit 2004 die Theorie der »Great Moderation« vertreten: die Volkswirtschaftslehre sei nun so weit fortgeschritten, dass größere Wirtschaftskrisen ausgeschlossen werden

könnten. Dass Greenspan selbst nicht an seine Lügen glaubte, weiß man spätestens seit seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss im US-Kongress im Juni 1999. Von Bernanke wird man es noch erfahren, und im Fall der HRE ist bereits aktenkundig, dass die »Krisenschattenregierung« Asmussen/Weber/Sanio (Staatssekretär, Chefs der Bundesbank bzw. der Aufsichtsbehörde Bafin) zusammen mit ihrem damaligen Minister Steinbrück die Öffentlichkeit dreist angelogen haben.

Dass man solchen Leuten nicht glauben kann, ist Allgemeinwissen. Schlimmer, dass auch »Marxisten« wie Fülberth und Michael Heinrich in ihren Aussagen zur kapitalistischen Krise nicht zu trauen ist. Der eine brachte 2006 (die Krise hatte bereits begonnen) das Buch »G Strich: Kleine Geschichte des Kapitalismus« heraus, in dem er vom »absehbare Zeit unbesiegbaren Kapital« fabulierte und uns weitere 500 Jahre Kapitalismus voraussagte; der andere hielt noch 2008 Vorträge, in denen er die aktuelle Krise als ganz normale zyklische Krise darstellte.

Gegen solche Theoretiker des ewigen Zyklus, die sich fälschlicherweise auf Marx berufen, haben wir in den letzten Heften nochmal weit ausgeholt und die Debatte aus den 70er Jahren rekonstruiert. Hier nur in Stichworten: Das Kapital reagierte auf die breiten Kämpfe Ende der 60er Jahre (»Heißer Herbst« 69) mit der »Energiekrise«, der Ablösung des Dollars vom Gold, mit Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Überall weiteten sich in den 70er Jahren aber die Kämpfe in den Reproduktionsbereich aus (Besetzungen und allgemein Aneignung: Rote-Punkt-Aktionen, proletarisches Einkaufen, Weigerung, die Stromrechnungen zu zahlen usw.), die Arbeitslosen funktionierten nicht als »industrielle Reservearmee«, die »Humanisierung der Arbeit« konnte die Fabriken nicht produktiv umstrukturieren. Die 70er Jahre hindurch verschlechterten sich Profit- und Akkumulationsraten, das Kapital »floh« in Finanzanlagen wie Währungsspekulation und dergleichen, weil sich hiermit risikofreier Gewinn machen ließ. Seither hat sich das Verhältnis von Kredit zu Wachstum sowie von Finanzanlagen zu realen Investitionen ständig erhöht, und die Kapitalverwertung hat sich nach allen Kriterien (Profitrate, Akkumulationsrate, Entwicklung der Reallohne...) von Zyklus zu Zyklus verschlechtert. Aber das Kapital hat sich damit für fast ein Vierteljahrhundert so etwas wie »Stabilität« erkaufte – das ist nicht wenig, wenn man sich daran erinnert, dass in den 70er Jahren die Weltrevolution nur noch einen Schritt entfernt zu sein schien!

Zumindest reichte es aus, den meisten Marxisten den (kritischen) Verstand zu rauben. Das

Zu den 70er Jahren siehe die **Beilagen** in:

Wildcat 83 mit den Artikeln: Karl Heinz Roth: »Benedetta sconfitta?« Die Zeitschrift »Primo Maggio« in der dritten Phase des Operaismus;

Steve Wright: Revolution von oben? Geld und Klassenzusammensetzung im italienischen Operaismus.

und vor allem in der *Wildcat* 85: Sergio Bologna: Karl Marx als Korrespondent der *New York Daily Tribune*

Kapital schien unbegrenzt und entkoppelt von der realen Wertproduktion Geld drucken zu können (deswegen sagten viele Marxisten dem Wertgesetz Adieu), es schien ohne Verankerung seines Geldsystems in einer »Geldware« zu funktionieren. Daraufhin haben sich weitere Marxisten von dieser »überholten Vorstellung« von Marx abgewandt. Einer von ihnen, George Caffentzis, begründete das explizit damit, dass das Kapital auch drei Jahrzehnte nach der Ablösung der Leitwährung Dollar vom Gold noch immer »funktioniere« (dazu ausführlich im nächsten Heft). All diese Marxisten haben nicht mitbekommen, dass sich seit Mitte der 90er Jahre das Blatt gewendet hat – oder sie haben es mitgekriegt, wie Winfried Wolf, der von einem »dichten Finanzkrisen-Gewebe« spricht, aber dem nicht auf den Grund geht (siehe Seite 70).

Starker Dollar

Im April 1995 beschlossen die G5-Staaten, den Dollarkurs nach oben zu treiben. Der starke Dollar würgte die industrielle Basis in den USA ab, aber nun floss Geld ins Land und befeuerte die Finanzmärkte. Die Aktienkurse stiegen, die Zinsen konnten sinken. Natürlich war auch dieser »Boom« wieder auf die Ausweitung des Kredits gegründet, er führte aber tatsächlich zu einem vorübergehenden Aufschwung aus der bis dahin schwersten Rezession seit den 50er Jahren, der allerdings bereits im Sommer 1998 erlahmte. Im Jahr zuvor war es zur »Asienkrise« gekommen, 1998 kam die Rubelkrise dazu, in deren Folge der LTCM-Hedgefonds im August kollabierte; es drohte eine Kettenreaktion auf den internationalen Finanzmärkten und sogar der Zusammenbruch des globalen Finanzsystems. Alle damals wichtigen internationalen Banken gaben gemeinsam 3,75 Mrd. Dollar, um das zu verhindern (es war die erste Rettungsaktion dieses Ausmaßes in der Geschichte).

Im Herbst 1998 begann Greenspan mit einer Reihe von Zinssenkungen; damit gelang es ihm, eine Aktienblase aufzupumpen und vorerst das Größte zu verhindern. Aber schon 2000–2001 geriet die US-Ökonomie in die nächste Rezession, die »Dot-Com«-Blase platzte. Wiederum reagierte Greenspan mit aggressiven Zinssenkungen; durch die damit geschaffene Liquidität konnte die Immobilienblase entstehen. Dieses geldpolitische Manöver ging als *Great Bubble Transfer*, die große Blasen-Überführung, in die Geschichte ein. Mit diesen Operationen zwischen 1995 und 1998 wurde eine Entwicklung festgeschrieben, die Anfang der 70er Jahre begonnen hatte; das nach Anlagemöglichkeiten suchende Kapital hat die Branche über alle Maßen aufgebläht, die solche Anlagemöglichkeiten »schaffen« kann. Die Finanzbranche ist selber überakkumuliert und muss sich verwerten.

Schon deshalb gibt es einen Zwang zu »Finanz-Innovationen«.

Höhere Löhne, Renten usw. führen zu Inflation. »Anders sieht es aus, wenn der erhebliche Geldzuwachs vorwiegend bei den ohnehin Begüterten ankommt. [...] Es entsteht ein Überschuss an Kapital, das in Anlage drängt. [...] Die gemeine Inflation tritt in diesem Fall allerdings nicht auf. Allenfalls steigen die Preise der Finanzanlagen, der Kredite, der Anleihen, Immobilien und Aktien.« (Lucas Zeise »Von Inflation keine Spur« *Junge Welt* 23.6.2009) Die Ausweitung der Kreditmenge durch Deregulierung der Finanzmärkte und die gleichzeitige Bekämpfung der Inflation treibt die Leute in Mehrfach- und Billigjobs.

Negative Zinsen

Der *Great Bubble Transfer* schuf eine Blase von noch kürzerer Lebensdauer, schon 2004 ging der Immobilienboom zu Ende. Greenspan hatte aber bereits 2003 auf die ersten Anzeichen von Erlahmung reagiert, indem er die Bedingungen für Hypothekenkredite abschwächte und die Zinsrate der Fed für zwei Jahre lang auf 1 Prozent (das heißt, der Realzins lag unter Null!) setzte. Damit begann der Boom der *subprime*-Immobilien und der »strukturierten Finanzprodukte« (CDOs auf CDOs auf CDOs, usw.). Erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 kam die US-Wirtschaft aus der Rezession heraus, ein sehr schwacher Konjunkturaufschwung begann, der bereits 2006 wieder endete. Finanziert wurde dieser Aufschwung – der komplett am Immobilienboom und dessen Auswirkungen auf den Konsum hing – vor allem durch »Chimerica«. Die Weltwirtschaft wuchs, weil die USA mehr konsumieren konnten, als sie produzierten. Finanziert wurde das durch Staatsanleihen, die wiederum von Ländern gekauft wurden, die mehr produzierten, als sie konsumierten, allen voran China, Deutschland und Japan. Die asiatischen Staaten hatten in Reaktion auf ihre große Verwundbarkeit in der Asienkrise 1997 gewaltige Dollarreserven angehäuft, die vom US-Finanzsystem recycled wurden.

Die vierte Weltwirtschaftskrise seit Bestehen des Kapitalismus beendete »Chimerica«, weil der kreditfinanzierte US-Konsum zusammenbrach. An dessen Stelle sind die Staaten getreten und haben sich dabei gewaltig verschuldet. Durch die Bankenrettungsmaßnahmen haben sie eine Blase angeschoben, die wesentlich größer ist als die Dot-Com-Blase Ende der 90er und die Immobilienblase danach. Sollte diese Blase platzen, ist kein weiterer *Bubble Transfer* mehr möglich. Die Blasen platzen in immer kürzeren Abständen – die aktuelle Blase der (US-amerikanischen) Staatsanleihen womöglich, *bevor* überhaupt ein Konjunkturaufschwung eingesetzt hat – Ende des Zyklus?

Im Kontrast zum *Plaza-Abkommen* von 1985, bei dem beschlossen worden war, den Dollar zu verbilligen und den Yen zu verteuern, wird das Abkommen von 1995 auch der *Reverse Plaza Accord* genannt; das *Plaza-Abkommen* hatte zur Blasenökonomie in Japan geführt, aus der Japan seither nicht mehr rausgekommen ist. Außerdem war im Oktober 1987 in den USA die erste große Finanzblase der Neuzeit geplatzt; der Dow Jones fiel in wenigen Tagen um rund ein Viertel; die mit dem Crash verbundene *Sparkassenkrise* zwei Jahre später löste eine Rezession aus, die erst 1992 ihr Ende fand und die Staatsschulden der USA in die Höhe katapultierte.

<http://www.market-watch.com/story/the-great-bubble-transfer>

Zu *Chimerica* siehe *wildcat* 82 und 85

Kämpfe gegen die Krise

Im Sommer 2008 gab es spontane Revolten gegen die Verteuerung der Lebensmittel in Mexiko, Marokko, Indien, Mauretanien, Tunesien, Kamerun, Senegal, Jemen, Elfenbeinküste, Haiti, Ägypten, Burkina Faso, Bangladesh, Somalia und Kenia. Bereits im Herbst 2008 reagierten die chinesischen ArbeiterInnen sehr massiv gegen die Entlassungswelle (Fabrikarbeiterinnen, Taxifahrer, Lehrerinnen). Mit dem Doppelschlag *Lehman*-Pleite und Bankenrettungsprogramme wurde aber die Arbeiterklasse erstmal größtenteils in Schockstarre versetzt. Die dann anlaufenden Konjunkturprogramme dienten dem zeitlichen Strecken und der sozialen Aufspaltung der Gegenwehr. Der globale Kapitalismus kam relativ unangefochten durch den bisherigen Tiefpunkt der Krise von Herbst 2008 bis Frühjahr 2009. Aber auch in den anderen Weltwirtschaftskrisen begannen die Kämpfe nicht in der Kernphase der Krise, sondern in der Stagnationsphase danach. In dieser Phase sind wir jetzt.

Es hat eine immense Bedeutung für die Herrschenden, ob sie diese Kämpfe vereinzeln können mit der Behauptung, der Aufschwung sei um die nächste Ecke, wir müssten jetzt »nur noch« die nötigen Opfer dafür bringen. Daraus ergeben sich die drei Dinge, die wir in den nächsten Monaten anpacken sollten:

- Immer wieder klar machen, dass die Krise nicht vorbei ist! Bei weiteren Einbrüchen wie »Dubai«, »Griechenland«... mit Flugis losziehen und mit den Leuten über den Charakter dieses Systems diskutieren.

- Vereinzlung funktioniert erstmal darüber, dass man nichts voneinander mitkriegt. Und das sind nicht nur Kämpfe wie der Aufstand im Südirak rund um das Ahdad-Ölfeld im April 2009 gegen den chinesischen Ölmulti CNPC (ein x-beliebige Beispiel, um deutlich zu machen, wie wenig wir teilweise von solchen Kämpfen mitkriegen!), sondern auch die reihenweise kaputtgehenden Kleinbetriebe, von denen der Arbeiter im Interview auf S. 34 ff. sagt, »das steht in keiner Zeitung«. Also sowohl zu Betriebsschließungen, Versammlungen und Streiks hingehen, als auch dazu beitragen, dass die *weltweiten* Kämpfe was voneinander mitkriegen.

- Der dritte Punkt ist vielleicht der schwierigste. Welche Macht hätten denn die Leute einer 50-Mann-Klitsche, sich zu wehren? Oder gar Leute, die in ganz vereinzelt Situationen arbeiten? Leiharbeiterinnen? Arbeitslose? Darüber geht das folgende Heft. In der Autoindustrie können auch ganz kleine Belegschaften und letztlich sogar ein

Team bei einem kleinen Zulieferer ganze Konzerne anhalten. Die *just in time*-Ketten sind real, nicht nur »die Sindelfinger« können die Entscheidungen eines Weltkonzerns umschmeißen, auch die Leute bei konnten sich durchsetzen! Die Emmely-Kampagne hat einen Nerv getroffen. Das Bremerhavener Komitee hat nach anderen Organisationsformen zu suchen angefangen...

Aus diesen Anfängen und Erfahrungen heraus müssen wir die Systemfrage stellen. In der größten Umverteilung in der Geschichte von ganz vielen zu ganz wenigen Menschen haben viele angefangen sich zu wehren, und es wird sehr viel Kritik am Kapitalismus laut, endlich! – aber der Glaube in seine Reformierbarkeit herrscht noch immer vor. Wir sollten erklären können, dass da nix mehr zu reformieren ist! *Tatsächlich* war der Kapitalismus 200 Jahre lang in der Lage, Verteilungskämpfe durch Wachstum zu »unterlaufen«; aber das ist ans Ende gekommen und spätestens seit Mitte der 90er Jahre schleppt er sich nur noch von einem Kriseneinbruch zum nächsten. China ist aktuell der globale Brennpunkt, wo die Herrschenden seit dem Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens weiteren sozialen Unruhen mit hohem Wirtschaftswachstum davonlaufen, dieses aber nur mit dem Aufpumpen einer gefährlichen Blase aufrechterhalten können. Sollte es zu einer »dritten Welle« kommen und die weltweite Nachfrage nach Waren aus China zusammenbrechen, würden dort Verhältnisse ausbrechen, die diejenigen in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in den USA noch überschreiten. Wobei nochmals daran zu erinnern ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus eine globale Arbeiterklasse gleichzeitig von der Krise betroffen ist und solche Kämpfe womöglich ein Fenster aufstoßen zu einer globalen Neuzusammensetzung der Klasse.

Die Notenbanken beginnen in diesen Tagen mit dem Ausstieg aus den Stützungsprogrammen, In der zweiten Jahreshälfte werden die sozialen Auswirkungen der Krise(npolitik) auch in der BRD ankommen. Die harten Sparpläne in Griechenland, Spanien usw. zeigen uns, wo es hingehen soll.

